Vorschlag der SVP-Spitze stösst auf wenig Gegenliebe

Das angestrebte Dreierticket ist für viele Parlamentarier eine «Schein-Auswahl»

Drei Kandidaten aus drei Sprachregionen sollen für den zweiten SVP-Bundesratssitz ins Rennen steigen. Damit wolle die Fraktionsspitze den gewünschten Deutschschweizer durchbringen, monieren diverse Parlamentarier.

JAN FLÜCKIGER, MARKUS HÄFLIGER, BERN

Der Fraktionsvorstand der SVP will der Bundesversammlung für den vakanten Bundesratssitz ein Dreierticket präsentieren, mit jeweils einem Vertreter der drei grossen Sprachregionen. Damit biete man dem Parlament eine breite Auswahl, sagte Fraktionspräsident Adrian Amstutz am Montag. Doch dies sehen viele Parlamentarier anders – auch solche, die den Anspruch der SVP auf einen zweiten Sitz nicht infrage stellen. Falls die Fraktion ihrem Vorstand folge, sei dies eine «Schein-Auswahl», bei welcher der Deutschschweizer zum Vorneherein als gesetzt gelte, sagt der FDP-Nationalrat und neu gewählte Ständerat Andrea Caroni (Appenzell Ausserrhoden). Denn es werde kaum einen dritten Romand im Bundesrat geben. Und ein Vertreter der Kleinpartei Lega sei ebenfalls keine Option.

Gleich argumentiert FDP-Ständerat Joachim Eder (Zug). Die Romandie habe keinen Anspruch auf einen weiteren Bundesrat, und der Tessiner Lega-Staatsrat Norman Gobbi sei lediglich ein «Adoptiv-SVPler». Eder erwartet von der SVP-Fraktion, dass sie mindestens zwei Deutschschweizer Kandidaten präsentiere. Sonst steige die Chance, dass die Mitte-Links-Parteien erneut einen Sprengkandidaten lancieren würden.

Kandidat von Blochers Gnaden

Mehrere Parlamentarier vermuten hinter dem Entscheid des Fraktionsvorstandes die Strategie, einen Deutschschweizer Kandidaten durchzubringen, der eine grosse Nähe zur Parteispitze und namentlich zu Vizepräsident Christoph Blocher aufweise. Eine solche wird vor allem dem erst 36-jährigen Thomas Aeschi unterstellt. Dieser sei zwar ein versierter Finanzpolitiker und ein fleissiger Schaffer, doch seine Beeinflussbarkeit durch Blocher sei evident.

BDP-Präsident Martin Landolt zeigt sich erstaunt, wie man dem Lega-Politiker Gobbi den roten Teppich auslege, während lang verdiente SVP-Parlamentarier auf der Strecke blieben. Martin Bäumle, Präsident der Grünliberalen, sieht hinter dem «schlitzohrigen Vorgehen» der SVP-Fraktionsspitze Kalkül. Damit setze die SVP dem Parlament faktisch einen einzigen Deutschschweizer Kandidaten vor – «nach dem Motto ‹Vogel, friss oder stirb›». Die SVP müsse eine ehrlichere Auswahl mit mindestens zwei Deutschschweizern präsentieren oder die undemokratische Ausschlussklausel streichen. An der Klausel, welche die SVP nach der Wahl von Eveline Widmer-Schlumpf in ihre Statuten schreiben liess, um nicht offiziell nominierte Kandidaten bei Annahme einer Wahl aus der Partei ausschliessen zu können, stösst sich auch SP-Nationalrätin Jacqueline Badran (Zürich). Diese sei verfassungswidrig, da sie die Wahlfreiheit des Parlaments einschränke.

GLP-Präsident Bäumle sagt aber auch, dass man der SVP für ihr Vorgehen nur bedingt einen Vorwurf machen könne. Denn es seien just die Präsidenten von SP und CVP gewesen, die von der SVP einen Kandidaten aus der Romandie verlangt hätten. Tatsächlich hatten Christian Levrat und Christophe Darbellay diese Forderung via Medien erhoben. Mit dem Walliser

Thomas Aeschi
Zuger
SVP-Nationalrat

KEYSTONE/NZZ

Norman Gobbi
Tessiner
Lega-Staatsrat

Staatsrat Oskar Freysinger und dem Waadtländer Bauern und Nationalrat Guy Parmelin stehen der Fraktion zwei Kandidaten aus der Romandie zur Auswahl. Freysinger gilt wegen seiner provokativen Art und seiner umstrittenen Auftritte im Ausland bei vielen Parlamentariern als unwählbar. Der unscheinbare Parmelin hätte eher Chancen, auch weil er bei den SVP-Gegnern als relativ harmlos gilt. Doch unabhängig vom Kandidaten scheint es unwahrscheinlich, dass die Bundesversammlung einen dritten Romand in den Bundesrat wählt. Denn die anderen Parteien, und vor allem deren Vertreter aus der Westschweiz, sähen damit bei der nächsten Vakanz im Bundesrat ihre eigenen welschen Sitze in Gefahr.

Überhaupt werfen absehbare Vakanzen bereits ihren Schatten voraus. Noch während der Legislatur wird mit möglichen Rücktritten von Doris Leuthard (cvp.), Johann Schneider-Ammann (fdp.) und Ueli Maurer (svp.) gerechnet. So ist auch die Posse um die Kandidatur des Berner Nationalrats Albert Rösti zu verstehen, dessen Kantonalpartei ihn erst nominiert und die Kandidatur dann am Dienstag überraschend zurückgezogen hat (siehe Text unten rechts). Es war ein Testlauf für den Fall, dass dereinst ein Berner Sitz frei wird.

Gobbis Wahl als Trotzreaktion?

Für die Wahl vom 9. Dezember werden unter anderem die Stimmen der CVP-Fraktion entscheidend sein. Und auch hier spielen individuelle Befindlichkeiten eine Rolle. Noch-Präsident Christophe Darbellay dürfte wenig Interesse an einem Westschweizer SVP-Bundesrat haben, weil es seine eigenen Chancen schmälert, dereinst Bundesrat zu werden. Das Gleiche gilt für Fraktionspräsident Filippo Lombardi in Bezug auf eine Wahl Gobbis. Dies könnte eine solche allerdings auch interessant machen für Mitte-Links-Parlamentarier, die Lombardi verhindern wollen.

Für etliche Parlamentarier wäre eine Wahl Gobbis durchaus eine Option. FDP-Nationalrat Kurt Fluri (Solothurn) etwa bezeichnet ihn als valablen Kandidaten. Dieser habe Exekutiverfahrung und sei in seiner kurzen Zeit im Nationalrat als konstruktiv aufgefallen. Auch andere Parlamentarier liebäugeln damit, Gobbi zu wählen, allerdings aus anderen Gründen: Die SVP hätte mit einem Lega-Vertreter nur einen halben Bundesrat, könnte sich aber nicht beklagen, da sie ihn selber nominiert hätte. Den definitiven Entscheid über das Ticket, welches der Bundesversammlung präsentiert werden soll, fällt die SVP-Fraktion am Freitag.

Albert Rösti ist nicht mehr Kandidat

dgy. Bern · Überraschend zog am Mittwoch die SVP Bern die Kandidatur von Nationalrat Albert Rösti zurück, weil bereits zwei Berner im Bundesrat präsent seien, wie Kantonalpräsident Werner Salzmann auf Anfrage sagte. Noch vor zwei Wochen hatte der Vorstand der Berner SVP entschieden, Rösti ins Rennen zu schicken. Die Bundeshausfraktion müsse aus verschiedenen Kandidaten auswählen können, hiess es damals.

Die Kehrtwende erklärt Salzmann damit, dass seine Partei den Rückhalt von Rösti innerhalb der SVP im Hinblick auf spätere Vakanzen habe prüfen wollen. Es habe sich nun gezeigt, dass Rösti sowohl von der Findungskommission als auch vom Fraktionsvorstand als hervorragender Kandidat eingestuft worden sei. Im Klartext: Sobald der Kanton Bern im Bundesrat nicht mehr übervertreten ist, steht Rösti bereit. Keine Rolle spielte laut Salzmann, dass sich mit Res Schmid bereits ein Kandidat mit Berner Wurzeln in der engeren Auswahl befindet.

Schaffhauser bleiben im Rennen

For. Bern · Der Kanton Schaffhausen ist der grosse Verlierer der Vorselektion der SVP-Bundesratskandidaten. Weder Ständerat Hannes Germann noch Nationalrat Thomas Hurter haben es auf die siebenköpfige Liste geschafft, die der Vorstand der SVP-Fraktion empfiehlt (NZZ 17. 11. 15). Entsprechend ernüchtert zeigt sich die SVP Schaffhausen. Sie seien enttäuscht, sagt Mariano Fioretti, Sekretär der Kantonalpartei. Zumal mit Germann und Hurter zwei sehr gute Kandidaten zur Verfügung stünden. Gleichzeitig versteht Fioretti, der auch dem Leitenden Ausschuss der SVP Schweiz angehört, dass der Fraktionsvorstand eine Auswahl getroffen habe.

Sowohl Germann als auch Hurter haben am Dienstag auf Anfrage mitgeteilt, dass sie bis zur Fraktionssitzung vom kommenden Freitag an ihrer Kandidatur festhalten. Der Pilot steige erst aus, wenn das Flugzeug gelandet sei, so Hurter. Er nehme den Entscheid des Fraktionsvorstands zur Kenntnis und respektiere ihn, sagt Germann.

Mit dem Vorentscheid sind jedoch die Chancen des Kantons Schaffhausen, endlich den ersten Bundesrat zu stellen, stark gesunken. Es ist zwar nicht ausgeschlossen, dass die Fraktion der Empfehlung von Findungskommission und Vorstand nicht folgt, aber doch eher unwahrscheinlich.

Dennoch hat man in Schaffhausen die Hoffnung nicht aufgegeben. Interims-Kantonalpräsident Pentti Aellig verweist darauf, dass die SVP Schaffhausen bei den Wahlen im Oktober mit 45,3 Prozent den grössten Wähleranteil erzielt habe und damit die erfolgreichste Kantonalpartei sei. Zudem seien Germann und Hurter glanzvoll wiedergewählt worden. Germann hat dank breiter Unterstützung bis ins linke Lager hinein das beste Resultat bei Ständeratswahlen überhaupt erzielt. Der Wunsch nach einem Bundesrat ist laut Aellig sehr gross in Schaffhausen. Dies zeigten auch erste enttäuschte Reaktionen nach dem Entscheid vom Montag.

Fioretti sieht derweil die Chancen auf einen Schaffhauser Bundesratssitz noch intakt. Wenn Hurter auf das Ticket komme, dann werde ihn die Bundesversammlung mit grosser Wahrscheinlichkeit wählen. Von einer wilden Kandidatur hält er indes nichts. Dies würde laut den Statuten zum sofortigen Ausschluss aus der Partei führen. Fioretti rechnet nicht damit, dass Hurter oder Germann eine solche Wahl annehmen würden.

HERAUSGEGRIFFEN

Versteckte Subvention für die SRG

Katharina Fontana · Vor gut einem halben Jahr entschied das Bundesgericht, dass die Radio- und Fernsehempfangsgebühren zu Unrecht mit der Mehrwertsteuer von 2,5 Prozent belastet werden, die Jahresrechnung also um gut 11 Franken zu hoch ist. Als Konsument, der jahrelang anstandslos bezahlt hat in der Annahme, dass schon alles seine Richtigkeit habe, gibt einem das natürlich zu denken. Zu denken gibt auch, wie die Behörden auf diesen Entscheid reagiert haben. Im Oktober teilte die SRG mit, dass sie nun selber die Mehrwertsteuer bezahlen müsse, da eine Überwälzung auf die Konsumenten nicht mehr möglich sei. Wegen der zusätzlichen Steuerlast von mehr als 30 Millionen Franken werde ein Sparprogramm nötig. Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) bekräftigt auf Anfrage, dass die SRG die Mehrwertsteuer bezahlen müsse. Diese Haltung steht allerdings in Widerspruch zum erwähnten Urteil, wie in den Spalten dieser Zeitung bereits kritisiert wurde (NZZ vom 20. 10. 15). Laut Bundesgericht sind die Empfangsgebühren eine Subvention des Bundes zugunsten der SRG. Und Subventionen sind nicht mehrwertsteuerpflichtig.

Nun kann man über die Bereitwilligkeit der SRG staunen, der ESTV ohne Murren nichtgeschuldete Mehrwertsteuer zu zahlen. Oder man kann sich fragen, ob diese Abmachung für die SRG vielleicht gar nicht so schlecht ist. Der Grund könnte bei den Vorsteuern liegen. Firmen, die Mehrwertsteuer bezahlen, können die von ihnen entrichteten Vorsteuern auf Drittleistungen zurückfordern. Das gilt indes nicht, wenn das Unternehmen Subventionen erhält: In diesem Fall wird der Vorsteuerabzug gekürzt, und zwar im Verhältnis der Subvention am Gesamtumsatz; diese steuerliche Verteuerung subventionierter Bereiche nennt man Taxe occulte. Würden also die Gebührengelder von rund 1,21 Milliarden Franken, die drei Viertel des Umsatzes der SRG ausmachen, als Subvention angesehen, müsste sie darauf zwar keine Mehrwertsteuer von etwas über 30 Millionen Franken entrichten. Im Gegenzug würde ihr Vorsteuerabzug, der laut SRG-Angaben bei knapp 60 Millionen Franken jährlich liegt, aber um drei Viertel gekürzt. Das wäre für die SRG letztlich ungünstiger – grob gerechnet müsste sie dann 15 Millionen Franken mehr Steuern zahlen. Ob solche Überlegungen beim Bundesamt für Kommunikation (Bakom), der ESTV und der SRG eine Rolle spielten, als sie diese Angelegenheit untereinander regelten, weiss man nicht. Im Endeffekt dürfte die Abmachung jedenfalls auf eine versteckte Unterstützung der SRG hinauslaufen.

Das Thema Empfangsgebühren wird den Bund noch länger beschäftigen. Nach dem Bundesgerichtsurteil meldeten sich bei der im Auftrag des Bakom handelnden Billag zahlreiche Konsumenten, welche die seit 1995 erhobene Mehrwertsteuer zurückverlangen. Die Billag hat die ersten abschlägigen Entscheide verschickt, die nun beim Bundesverwaltungsgericht und irgendwann beim Bundesgericht landen dürften. Bakom wie ESTV argumentieren, dass sie in all den Jahren nie Anlass hatten, an der Richtigkeit ihres Tuns zu zweifeln, und davon ausgehen durften, dass die Konsumenten die Mehrwertsteuer schuldeten. Man ist gespannt, ob die Justiz das ebenso sehen wird. Fest steht jedenfalls, dass das vor dem Bundesgerichtsentscheid geltende System für die SRG ausgesprochen komfortabel war. Sie erhielt von der Billag die Empfangsgebühren samt der von den Konsumenten bezahlten Mehrwertsteuer, rechnete diese mit der ESTV ab und konnte gleichzeitig unbeschränkt Vorsteuern abziehen. Das Problem der Taxe occulte, mit dem subventionierte Firmen sonst konfrontiert sind, wurde bei der SRG auf diese Weise elegant umgangen.

Die Wandelhalle knarrt nicht mehr

Das Parlament tagt in neuer Pracht, aber ohne Palmen

Eine aufwendige Restauration der Wandelhalle bringt mehr Farbe in die Politik. Gleichzeitig offenbart sie, dass manche Politiker heute konservativer ticken als vor hundert Jahren.

MARKUS HÄFLIGER, BERN

Der symbolträchtigste und mythischste Ort der Schweizer Politik erstrahlt in neuem Glanz. Der Marmor in der Wandelhalle ist frisch poliert, das Eichenparkett abgeschliffen, die antiken Möbel abgelaugt. Und die pausbäckigen Engelchen auf den über hundertjährigen Deckenfresken wachen in ungeahnter Strahlkraft über Parlamentariern, Lobbyisten und Journalisten.

Falls die Pracht der Räumlichkeiten auf die Politik, die darin gemacht wird, abfärbt, steht der Schweiz eine phantastische Legislatur bevor. Winston Churchill jedenfalls glaubte an diesen Kontext: «Wir formen unsere Gebäude, und anschliessend formen sie uns», sagte er 1943 bei einer Rede zum Wiederaufbau des englischen Unterhauses. Zitiert wurde Churchill am Dienstag bei der Einweihung der neuen alten Wandelhalle von Philippe Schwab, dem Generalsekretär der Bundesversammlung.

Doch eigentlich ist der neue Glanz ein alter. Ziel der Restaurationsarbeiten war, den 43 Meter langen, gekrümmten Korridor möglichst originalgetreu zu restaurieren. Um zu wissen, wie er beim Bau im Jahr 1902 ausgesehen hatte, wertete man alte Pläne und Fotos aus und kratzte Farbschichten ab. Und siehe da: Am Deckengewölbe kam unter einem schmutzigen Beige und mehreren weiteren Farbschichten ganz zuunterst ein frisches Hellblau hervor.

Die Architekten des Berner Büros Aebi & Vincent achteten aber auch auf die Funktionalität. Sie entwarfen Parlamentarier-Pulte, die an antike Sekretäre erinnern und gleichzeitig mit LAN-Kabeln ausgerüstet sind. Ein Glasbläser blies nach der Vorlage alter Fotos Gläser für alte Kronleuchter, die gleichzeitig mit LED-Lampen bestückt wurden. Das ganze Eichenparkett wurde demontiert, ausgebessert und derart stabil neu verlegt, dass es beim Wandeln nicht mehr knarrt. Drei Jahre lang haben die Renovationsarbeiten insgesamt gedauert, immer wieder unterbrochen durch die Parlamentssessionen. Rund zwei Millionen Franken haben sie gekostet.

Ganz ohne kleinen Skandal ging es nicht. Wie eine alte Foto beweist, war die Wandelhalle in früheren Zeiten mit Palmen dekoriert. Solche Palmen haben die Verantwortlichen jetzt wieder aufgestellt. Doch was in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kein Problem war, geht 2015 nicht mehr. SVP-Nationalrat Felix Müri fand die Palmen «scheusslich», und als er erfuhr, dass sie aus Florida stammen, meinte er: «Auch das noch!» Auch für den FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen waren die Palmen schlicht zu wenig «einheimisch». Inzwischen hat das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) die inkriminierten Gewächse abtransportiert. Man prüfe derzeit, welche einheimischen Pflanzen sich an ihrer Stelle eignen würden, sagt BBL-Direktor Gustave Marchand. Ganz einfach werde dies aber nicht. Immerhin stamme sogar das gutschweizerische Geranium ursprünglich aus Südafrika.